

Erschienen in: Freitag43 vom 19. Oktober 2001

Jede Krise ist auch eine Chance.

Fünf-Punkte-Plan zur Lösung der Taliban-Frage, Friedensperspektive für den Mittleren Osten und die Rolle Europas

In unserer Wahrnehmung erscheinen der internationale Terrorismus und die Taliban als ein und dasselbe Problem, sie sind es jedoch nicht. Richtig ist, dass zwischen beiden in der Gestalt von Osama Bin Laden eine Verbindung besteht. Richtig ist allerdings auch, dass es sich ihrer Natur nach um zwei völlig unterschiedliche Phänomene handelt. Die Taliban-Regierung in Afghanistan kann auch ohne den internationalen Terrorismus noch lange ihren Gottesstaat aufrechterhalten und umgekehrt würde sich ohne die Taliban der Terrorismus nicht in Luft auflösen. Der neuartige Terrorismus, der wie in New York und Washington als eine politisch durchdachte und logistisch perfekte schlagkräftige Aktion inszeniert wurde, ist nicht nur in Afghanistan zu Hause, sondern auch in Pakistan, Indien, Saudi-Arabien, Somalia, Ägypten, Indonesien, ja in fast allen Ländern des Südens, aber auch in New York, London, Paris und Hamburg. Wir haben also zwei Probleme mit völlig unterschiedlicher Existenzweise, die daher auch völlig unterschiedliche Lösungen erfordern. Ihre Vermengung ist intellektuell unredlich und dient dazu, die Wut der Menschen gegen den Terrorismus zur moralischen Rechtfertigung eines Krieges gegen die Taliban zu kanalisieren.

Die Annahme ist jedenfalls absurd, mit militärischen Aktionen gegen die Taliban oder gar durch die gewaltsame Beendigung ihrer Herrschaft mit einem Schlag auch den internationalen Terrorismus loszuwerden.

Nimmt man die komplexe Realität von zwei miteinander nur bedingt in Zusammenhang stehenden Phänomenen zur Kenntnis, so sticht die Fragwürdigkeit ins Auge, das weltweit - also auch im Herz der Metropolen des Westens - verzweigte Terrornetz mit Hilfe von Flugzeugträgern, Raketen, Hubschraubern und Bodentruppen zerschlagen zu wollen. Tatsächlich kommen für die Terrorismusbekämpfung kurzfristig nur rechtstaatliche Mittel und strafrechtliche Verfolgung in Frage. Langfristig ist ein Erfolg in dieser Richtung nur zu erwarten, wenn der Sumpf des Terrorismus ausgetrocknet wird. Dazu gehören deutlich stärkere Anstrengung als bisher zur Beendigung des Nahostkonflikts, die Bekämpfung von Armut und Elend in der Welt und eine Politik der reichen Staaten, die der Unteilbarkeit der Menschenrechte, der Menschenwürde und der Unteilbarkeit der Trauer um die Opfer von Gewalt Respekt zollt und zur Richtschnur des politischen Handelns erhebt.

Aber welche Antworten gibt es auf die Taliban-Frage? Klar ist, dass die Taliban-Regierung ihre Legitimation schon längst verloren hat und alsbald einer anderen von der afghanischen Bevölkerungsmehrheit getragenen Regierung Platz machen muss. Zwar haben die Taliban 90% des Landes unter ihrer Kontrolle, aber nur die Herzen eines harten Kerns von steinzeitlichen Glaubenskriegern auf ihrer Seite. Sie wollen den Afghanen mit Gewalt ihre

eigensinnige und dem Leben abgewandte Vorstellung vom Islam aufzwingen, sie zeigen für Afghanistan und ihre eigenen Anhänger über Afghanistan hinaus keinerlei Lebensperspektiven auf und schaffen sich daher durch ständige Beschwörung des Heiligen Krieges gegen ihre afghanischen Widersacher, gegen die Buddha-Statuen, gegen die Nachbarstaaten und gegen die Moderne eine Scheinlegitimation. Die Taliban sind zu einem Destabilitätsfaktor für Pakistan, Tadschikistan, Usbekistan und ganz Zentralasien geworden und sie fördern den internationalen Terrorismus. Andererseits sind die afghanischen Gegner der Taliban zu schwach, um mit eigenen Kräften einen Machtwechsel - schon gar nicht einen unblutigen - herbeizuführen. Nichtmilitärische Instrumente, wie diplomatische Isolierung oder Wirtschaftssanktionen, dürften angesichts der grenzüberschreitenden ethnischen und ideologischen Vernetzung der Taliban ins Leere laufen.

Wäre unter diesen Bedingungen eine militärische Intervention eine politisch und moralisch zu rechtfertigende Lösung? Aus meiner Sicht ja, allerdings nur wenn sie friedenspolitische Perspektive für Afghanistan und die gesamte Region eröffnen und fördern würde. Genau aus diesem Grunde scheidet aber eine Militärintervention der USA als Lösung grundsätzlich aus. Nicht weil ein solcher Krieg völkerrechtlich nicht gedeckt wäre und alle humanitären und moralischen Grundsätze wegen der unvermeidlichen Opfer unter der Zivilbevölkerung verletzt würden, sondern weil er auch realpolitisch irrational ist und mit ziemlicher Sicherheit die Konflikte in der Region beträchtlich verschärfen könnte. Das gesamte fundamentalistische Taliban-Umfeld, nicht nur in Pakistan, sondern auch in Indien, in Ägypten, in Somalia, in allen arabischen Golfstaaten und vor allem in Saudi-Arabien würde sich mit dem Hass gegen Amerika nur noch bestätigt und aufgefordert fühlen, gegen die eigenen Regierungen gewaltsam vorzugehen, in der gesamten Region einen Flächenbrand auszulösen und in den Vereinigten Staaten und anderen Nato-Ländern durch neue Terroranschläge – jetzt erst recht – Rache zu üben. Die Taliban selbst würden mit ihrer gegenwärtig bröckelnden ethnischen Basis, mit den Paschtunen, wieder zusammengeschweißt und vorerst gestärkt. Für dieses Szenario gibt es einen unbestreitbaren Grund: Die Zahl jener Menschen in Zentralasien und in der Persischen Golfregion, die eine amerikanische Militärintervention ablehnen, ist gegenwärtig überwältigend, eine Anti-Taliban-Front dagegen ziemlich schwach. Mögliche Unterstützung eines amerikanischen Militärschlages gegen die Taliban durch eine große Anzahl von Regierungen täuscht über die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung hinweg. An diesem Szenario würde auch der militärische Schulterschluss zwischen den USA aus der Luft und der afghanischen Nordallianz auf dem Boden nichts ändern. Die zivilen Opfer wären in diesem Szenario unermesslich, ein militärischer Sieg trotz der um Afghanistan herum zusammengezogenen umfangreichen Militärmaschinerie der Vereinigten Staaten bleibt völlig ungewiss. Dennoch wäre es falsch, hoffnungslos in Depression zu verfallen und die Dinge so laufen zu lassen. Zu einem Militärschlag der USA gibt es durchaus Alternativen, die in Afghanistan selbst und in der Region auf breite Zustimmung stoßen und auch eine Friedensperspektive für die Region eröffnen könnte. Es bestehen realistische Chancen,

hinsichtlich der Talibanfrage einen Weg aus der Krise zu finde. Diese Alternative besteht aus fünf fundamentalen Elementen:

1. Die Akteure der Absetzung der Taliban müssen die Nachbarstaaten von Afghanistan, nämlich Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und vor allem Iran und Pakistan, in Kooperation mit der innerafghanischen Anti-Talibanfront sein. Diese Nachbarstaaten müssten dann auch den Schutz einer neuen Regierung garantieren.
2. Die Absetzung der Taliban in Afghanistan erfolgt mit UN-Mandat. Die UN legen auch die Ziele und den Zeitrahmen des Mandats der Schutzmächte der neuen Regierung fest.
3. Nach der Absetzung der Taliban und der Bildung einer Übergangsregierung aus der Anti-Talibankoalition wird ein Referendum über die künftige Regierung und Verfassung in Afghanistan abgehalten.
4. Schon jetzt ist ein multilateral finanzierter Fond zu bilden, um die zerstörte Infrastruktur des Landes (Strassen, Krankenhäuser, Schulen, Wohnungen etc.) wieder aufzubauen und die Wirtschaft, insbesondere die Nahrungsmittelproduktion, anzukurbeln und so für die geschundene afghanische Bevölkerung eine hoffnungsvollere Perspektive zu signalisieren..
5. Und schließlich müssten die Vereinigten Staaten den Abzug ihrer Militärstützpunkte aus den Territorien der arabischen Staaten am Persischen Golf in absehbarer Zeit garantieren und für die Anstrengungen aller betroffenen Staaten zur Etablierung eines kollektiven Sicherheitssystems im Mittleren Osten zum Abbau regionaler Spannungen und zum Schutz der Erdöl- und Erdgasquellen ihre Unterstützung zusagen.

Die amerikanischen Militärstützpunkte, vor allem in Saudi Arabien als Statthalter islamischer Heiligtümer, gehören neben Israels Besatzungspolitik zu den Hauptursachen des islamischen Fundamentalismus und der Gewalteskalation im Mittleren Osten. Ihre Beseitigung ist m. E. für die Bildung einer umfassenden, grenz- und kulturüberschreitenden Anti-Taliban-Koalition und darüber hinaus auch einer Koalition gegen alle fundamentalistischen Strömungen in der Region, einschließlich der theokratischen Herrscher im Iran, eine substantielle Voraussetzung. Dadurch könnten nicht nur die Taliban und Bin Laden am wirksamsten in der arabisch-islamischen Welt isoliert und letztlich auch zur Rechenschaft gezogen werden, sondern auch die Grundlage für eine neue friedenspolitische Perspektive und regionale Kooperation geschaffen werden. Pakistan, dessen Destabilisierung in diesem Szenario drastisch abnehmen würde, dürfte gerade deshalb daran interessiert sein, sich in diese Allianz einzureihen. Die theokratischen Herrscher im Iran würden zwar diese Allianz ablehnen, weil ihnen dadurch das antiamerikanische Feindbild und ein wichtiger Legitimationsfaktor ihrer Herrschaft abhanden käme. Genau aus demselben Grund gewinnen die Reformkräfte um den Präsidenten Khatami einen enormen Auftrieb und werden sich nicht nur an der Anti-Taliban-Koalition mit starker innenpolitischer Rückendeckung aktiv beteiligen, sondern auf dieser Grundlage auch ihre seit zwei Jahren eingeleitete Entspannungspolitik in der Region weiterentwickeln.

Es steht außer Frage, zu einem Flächenbrand in einer der geopolitisch sensibelsten Region der Welt, den niemand ausschließen kann, gibt es eine - wie oben skizziert - in sich stimmige friedensfördernde Alternative. Die entscheidende offene Frage ist allerdings die: sind die Vereinigten Staaten politisch, moralisch stark und auch weitsichtig genug, den Abzug ihrer Militärbasen aus Saudi Arabien, eine für das obige Szenario unverzichtbare Voraussetzung, in Aussicht zu stellen und damit eine richtungsweisende Friedensperspektive einzuleiten? Sind sich die Vereinigten Staaten darüber im Klaren, welche Verantwortung sie bei der Wahl der Alternativen auf sich laden? Sie stehen m. E. vor drei Alternativen. *Erstens* gegen die Taliban einen Krieg mit unabsehbaren Folgen zu führen oder *zweitens* sich mit gezielten Militärschlägen gegen tatsächliche oder vermeintliche terroristische Trainingszentren von Taliban und Bin Laden, möglicherweise ergänzt um gezielte Militäraktionen auch gegen Saddam Hussein, zu begnügen, im übrigen aber die Fundamente der Talibanherrschaft aus kurzfristig-geostrategischen Überlegungen, ohne die Taliban in der Region mehr Einfluss einzubüssen als mit den Taliban nicht anzutasten und damit einen Zustand der Instabilität und des Krieges im Mittleren Osten aufrecht zu erhalten oder *drittens* die oben skizzierte Friedensperspektive in dieser oder ähnlicher Form zur Richtschnur ihrer Mittelostpolitik zu machen. Selbst wenn die Vereinigten Staaten einer der beiden ersteren Gewalt eskalierenden Alternativen der Vorzug geben, wird die dritte deeskalierende und friedensfördernde Alternative nicht hingefällig. Auf sie kann und muss jederzeit zurückgegriffen werden, sobald durch den Gang der Dinge die Risiken und die Aussichtslosigkeit von Erfolgen unabweisbar werden.

Und Europa? Auch Europa steht vor der Alternative, sich wie bisher vasallenhaft hinter der amerikanischen Außenpolitik zu verstecken, die eigene Tatenlosigkeit mit der Legende beschränkter eigener Handlungsspielräume zu rechtfertigen oder aber außenpolitisch erwachsen zu werden, mit Blick auf eigene langfristige Interessen eine eigenständige Nah- und Mittelost Außen- und Friedenspolitik zu entwickeln und auch die Vereinigten Staaten für die langfristig beste Lösung der Krise im Mittleren Osten, nämlich für die Friedensperspektive, zu ermuntern. Nicht nur Amerika, sondern auch Europa hätte jetzt Gelegenheit, mit ihren Reaktionen auf die Krise ihre zivilisatorische Stärke unter Beweis zu stellen. Vielleicht dämmert bei der amerikanischen Elite allmählich die Einsicht, dass es vernünftiger und auch realpolitisch sinnvoller ist, dem eigenen verschwenderischen Energieverbrauch Einhalt zu gebieten, als eine ganze Region wegen ihres Ölreichtums auf Dauer militärisch beherrschen und unkalkulierbare Risiken für sich und für die anderen in dieser Welt in Kauf nehmen zu wollen.

Der Verfasser ist Politikwissenschaftler an der Universität Osnabrück mit Lehr- und Forschungsschwerpunkten: Friedens- und Konfliktforschung, Naher und Mittlerer Osten, Nord-Süd-Konflikt.